




# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der  für den Odenwald **Extra  
Mai 2022**

---

***Guten Tag!***

Man könnte meinen, man hätte es mit Jugendlichen beim Computerspiel zu tun, statt mit ernsthaften und verantwortungsvollen Politikern. In der Ukraine findet ein Krieg statt mit dem Potential sich zu einem Weltkrieg zu entwickeln, und unsere Regierung gießt mit ihren Waffenlieferungen weiteres Öl ins Feuer. Inzwischen hat die Regierung entschieden schwere Waffen (Kampfpanzer Gepard) an die Ukraine zu liefern. Der bisher eher zögerliche Bundeskanzler Olaf Scholz konnte dem Druck der Falken nicht länger standhalten und ist eingeknickt. Damit schlittern wir immer stärker in einen Krieg mit Russland.

Der Amtseid unserer Minister: **Schaden vom deutschen Volk abzuwenden**, entpuppt sich gerade als hohle Formel. Nach den Sanktionen, die uns jetzt schon mehr schaden als Russland, werden wir immer mehr zur direkten Kriegspartei.

Wurde während der Corona-Krise die Misere deutlich, dass für marode Schulen oder für Pflegekräfte kein Geld vorhanden ist, gibt es jetzt für Aufrüstung und Waffenschenkungen an die Ukraine keine Obergrenze. Besonders militaristisch gebärden sich die Abgeordneten der ehemaligen Friedenspartei Bündnis 90 Die Grünen, die sich schon 2014 als Aktivisten auf dem Maidan in Kiew intensiv am Umsturz der gewählten ukrainischen Regierung beteiligt haben.

Auch die FDP entpuppt sich als kriegsbereiter Regierungspartner, bekannt dafür, die Profite der Rüstungsindustrie abzusichern. Aus der Opposition ist kein Widerstand gegen diese Kriegshysterie zu erwarten, weil sich am Revanchismus von CDU/CSU nichts geändert hat und die Linke momentan mit sich selbst beschäftigt ist.

Somit kann der Widerstand gegen diese Eskalation, hin zu einem

3. Weltkrieg, nur von denen geleistet werden, die immer schon die Suppe auszulöffeln hatten und die Rechnung bezahlen mussten. Das ist die Mehrheit der Bevölkerung, die arbeitenden Menschen, die Rentner, die Jugendlichen, die Familien, denen schon jetzt die Teuerung von Energie, Lebensmitteln und Mieten über den Kopf wächst. Während dessen geht die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums unvermindert weiter. Spekulanten sind die Gewinner, die die gestiegenen Preise in ihre Taschen stecken. Auf der anderen Seite bleiben viele Verlierer auf der Strecke.

Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich und muss schnellstens beendet werden. Wir sind nicht damit einverstanden, dass wir diesen Krieg finanzieren und verlängern. Die Konfrontation muss durch Verhandlungen beendet werden. Das geht nur durch Sicherheitsgarantien für alle Seiten. Was sich in der Ukraine abspielt, war kein spontanes Ereignis, sondern ist Geopolitik mit jahrelangem Vorspiel.

R. Weber



## **Die DKP war, ist und bleibt Antikriegs- und Friedenspartei, deshalb fordern wir von der Bundesregierung:**

- Das 100 Mrd. € teure Aufrüstungsprogramm und die Kriegspolitik der Bundesregierung müssen gestoppt werden.
- Stopp der Sanktionspolitik gegenüber Russland.
- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine. Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des Kiewer Regimes.
- Die NATO-Osterweiterung muss rückgängig gemacht werden.

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**  
**E-Mail [reinhold-fertig@t-online.de](mailto:reinhold-fertig@t-online.de)**